

Der Zerfall des Humanitären Konsenses: Die Rückkehr der Antipersonenmine und die Remilitarisierung der Europäischen Ostflanke

Executive Summary

Die Sicherheitsarchitektur Europas durchläuft derzeit die tiefgreifendste Transformation seit dem Ende des Kalten Krieges. Im Zentrum dieser tektonischen Verschiebung steht der rapide Zerfall des normativen Konsenses rund um das **Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung von 1997**, gemeinhin bekannt als die **Ottawa-Konvention**. Über zwei Jahrzehnte hinweg galt dieser Vertrag als der Goldstandard humanitärer Abrüstung, der ein Waffensystem stigmatisierte, das aufgrund seiner Funktionsweise als „inhärent wahllos“ klassifiziert wurde. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022, charakterisiert durch den massiven Einsatz von Minenkriegsführung und das Scheitern rein diplomatischer Abschreckung, hat jedoch eine dramatische sicherheitspolitische Kehrtwende bei den Frontstaaten der NATO ausgelöst.

Dieser Bericht analysiert die aktuelle politische Situation hinsichtlich Landminen erschöpfend. Er korrigiert die Annahme bezüglich Dänemarks und identifiziert stattdessen **Finnland** sowie die **baltischen Staaten** (Estland, Lettland, Litauen) und **Polen** als die Akteure, die Austrittsverfahren eingeleitet oder vollzogen haben. Die Analyse kontrastiert die humanitäre Rhetorik der späten 1990er Jahre mit dem technokratischen Vokabular der „Counter-Mobility“ und „Area Denial“ der 2020er Jahre, detailliert die industrielle Mobilisierung in Polen für die Massenproduktion von sechs Millionen Minen und untersucht die komplexe, teils widersprüchliche Haltung der Bundesrepublik Deutschland, die zwischen Vertragstreue und Bündnissolidarität laviert.

1. Einleitung: Die Geopolitische Zeitenwende und die Erosion von Normen

Die Anfrage des Nutzers zielt präzise auf eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen dem historischen Tabu (das „Geächtete“) und der aktuellen Realität (das „Revival“) von Landminen. Diese Wahrnehmung ist empirisch fundiert. Während der Westen in den 1990er Jahren unter dem Eindruck asymmetrischer Konflikte und humanitärer Katastrophen in Ländern wie Angola oder Kambodscha stand, definiert sich die Bedrohungswahrnehmung heute durch einen konventionellen, hochintensiven Krieg in Europa.

Die Ottawa-Konvention war ein Produkt des „Friedensdividenden“-Optimismus. Sie basierte auf der Annahme, dass große zwischenstaatliche Kriege in Europa der Vergangenheit angehören und dass der humanitäre Schaden durch Minen ihren militärischen Nutzen überwiegt. Der Krieg in der Ukraine hat diese Kalkulation für die Staaten an der NATO-Ostflanke umgekehrt. Die

russische „Surovkin-Linie“ in der Südukraine hat militärisch demonstriert, dass dichte Minenfelder in Kombination mit Artillerie und Drohnen auch im 21. Jahrhundert eine der effektivsten Methoden sind, um mechanisierte Offensiven zu stoppen und Geländegewinne zu verwehren.

1.1 Korrektur der geopolitischen Akteure

Der Nutzer vermutete Dänemark als den Staat, der die Konvention gekündigt hat. Die Recherchen zeigen jedoch ein anderes Bild: Dänemark bleibt Vertragsstaat. Die treibenden Kräfte des Austritts sind **Finnland** – das eine 1.340 km lange Grenze zu Russland teilt – sowie die **baltischen Staaten** und **Polen**. Diese Korrektur ist essenziell, da sie zeigt, dass der Impuls nicht aus Skandinavien als Ganzem kommt, sondern spezifisch von den Staaten, die eine direkte Landgrenze mit der Russischen Föderation oder Belarus teilen und sich in einer existenziellen Bedrohungslage sehen.

2. Der Ottawa-Konsens (1997): Historischer Kontext und Rhetorik

Um die Tragweite der aktuellen Abkehr zu verstehen, ist eine detaillierte Rekonstruktion des Zustands von 1997 notwendig. Die Ottawa-Konvention war nicht nur ein Rüstungskontrollvertrag; sie war der Sieg der „Human Security“-Doktrin über die staatliche Sicherheitsdoktrin.

2.1 Das Humanitäre Imperativ und die Rolle der Zivilgesellschaft

In den 1990er Jahren wurde der Diskurs maßgeblich von der *International Campaign to Ban Landmines* (ICBL) und westlichen Regierungen dominiert, die sich dem Druck der Zivilgesellschaft beugten. Die damals vorherrschende Terminologie rahmte Antipersonenminen (AP-Minen) nicht als legitime Verteidigungswaffen, sondern als Werkzeuge einer „humanitären Katastrophe“.

- **Terminologie des Grauens:** Minen wurden als „heimtückisch“ (*insidious*), „grausam“ (*cruel*) und als „wahrlose Killer“ (*indiscriminate killers*) bezeichnet, die Zivilisten noch Jahrzehnte nach Konfliktende verstümmeln.
- **Moralische Stigmatisierung:** Das Kernargument war moralischer, nicht strategischer Natur. Die Waffe wurde als *mala in se* (an sich schlecht) klassifiziert. Wie Lloyd Axworthy, der ehemalige kanadische Außenminister und Architekt des Vertrags, betonte, war das Verbot eine „rechtliche und moralische Verpflichtung“.

2.2 Die Deutsche Position in den 1990er Jahren

Deutschland spielte im Ottawa-Prozess eine Schlüsselrolle, wobei die Positionierung damals einen tiefgreifenden Wandel der deutschen Außenpolitik markierte.

- **Klaus Kinkel (FDP):** Als Außenminister während der entscheidenden Verhandlungsjahre verfocht Kinkel das Verbot als zentralen Bestandteil der deutschen „Politik der Verantwortung“. Er rahmte den Verzicht auf AP-Minen als Teil der deutschen Rehabilitierung und des Bekenntnisses zu Menschenrechten. Für Kinkel und die Regierung Kohl war die Ächtung der Minen ein Beweis für den Zivilmacht-Charakter

Deutschlands.

- **Volker Rühe (CDU) und die Bundeswehr:** Anfangs gab es Widerstand aus dem Verteidigungsministerium. Die Militärs argumentierten, dass Minen für die *Sperrkomponente* (das Verzögern feindlicher Panzerverbände) unverzichtbar seien. Doch der politische Druck und der normative Sog des Westens führten dazu, dass Deutschland im April 1996 einseitig auf Nutzung und Produktion verzichtete und seine Bestände bis Dezember 1997 vernichtete.
- **Der Kompromiss:** Um die Bundeswehr ins Boot zu holen, wurde eine strikte Trennung zwischen Antipersonenminen (verboten) und Antifahrzeugminen (erlaubt) gezogen, auch wenn letztere oft ähnliche Wirkungen im Gefechtsfeld entfalten können.

2.3 Der „Westliche“ Konsens

Bis 1999 wurde der Beitritt zur Ottawa-Konvention zu einem Lackmustest für „zivilisiertes“ militärisches Verhalten im Westen. Während die USA, Russland und China dem Vertrag fernblieben, schloss sich die gesamte Europäische Union (EU) und der europäische Pfeiler der NATO dem Verbot an. Die Waffe war erfolgreich stigmatisiert. Selbst die USA, obwohl Nicht-Vertragsstaat, passten ihre Doktrin weitgehend an (sogenannte *Policy Alignment*) und beschränkten den Einsatz faktisch auf die koreanische Halbinsel.

3. Der Strategische Bruch: Die Remilitarisierung der Ostflanke (2022–2025)

Dieser Konsens zerbrach nach dem 24. Februar 2022. Der Krieg in der Ukraine führte zu einer Neubewertung der militärischen Notwendigkeiten. Die baltischen Staaten und Finnland argumentieren nun, dass die Ottawa-Konvention für eine Friedenszeit konzipiert war, die nicht mehr existiert.

3.1 Die Austrittswelle der „Frontline Five“

Fünf europäische Staaten haben bis 2025 den Prozess zum Austritt aus der Ottawa-Konvention eingeleitet oder abgeschlossen. Dies ist ein präzedenzloser Vorgang in der Geschichte humanitärer Abrüstungsverträge.

- **Die Akteure:** Litauen, Lettland, Estland, Finnland und Polen.
- **Die Begründung:** In einer gemeinsamen Erklärung der baltischen Verteidigungsminister vom März 2025 heißt es, die Sicherheitslage habe sich „grundlegend verschlechtert“ (*fundamentally deteriorated*). Die Bedrohung durch Russland erfordere „Flexibilität und Handlungsfreiheit“ bei der Wahl der Verteidigungsmittel.

3.2 Finnland: Die Abkehr vom Sonderweg

Finnlands Entscheidung wiegt besonders schwer, da das Land erst 2012 – nach langem Zögern – der Konvention beitrat.

- **Zeitplan:** Premierminister **Petteri Orpo** kündigte den Austritt am 1. April 2025 an. Das Parlament billigte den Schritt im Juni 2025 mit einer überwältigenden Mehrheit von 157 zu 18 Stimmen. Der Austritt wird im Januar 2026 wirksam.
- **Militärische Logik:** Verteidigungsminister **Antti Häkkänen** argumentierte nüchtern, dass

Russland eine „langfristige Bedrohung“ darstelle. Antipersonenminen seien für Finlands Geografie (Wälder, Sumpfe) und die Wehrpflichtarmee eine „ökonomisch effektive“, „leicht zu bedienende“ und „zuverlässige“ Waffe, um die 1.300 km lange Grenze zu sichern. Ohne Minen wäre die Personalintensität zur Verteidigung dieser Grenze nicht leistbar.

3.3 Die Baltischen Staaten: Das Suwalki-Dilemma

Litauen, Lettland und Estland koordinierten ihren Austritt, um eine geschlossene Front zu bilden.

- **Strategische Tiefe:** Das zentrale Problem der Baltischen Staaten ist der Mangel an strategischer Tiefe. Ein russischer Vorstoß könnte die Hauptstädte in Tagen erreichen.
- **Suwalki-Lücke:** Der schmale Landkorridor zwischen Polen und Litauen (eingeklemmt zwischen Kaliningrad und Belarus) gilt als Achillesferse der NATO. Die baltischen Planer argumentieren, dass nur massive Minensperren in diesem Gebiet einen russischen Zangenangriff lange genug verzögern können, bis NATO-Verstärkung eintrifft. Litauen trat zuerst aus der Streumunitionskonvention aus und folgte dann mit Ottawa, mit dem Argument, dass der Gegner (Russland) sich keinerlei Beschränkungen auferlege.

4. Polen: Die Industrielle Drehscheibe des Minenkriegs

Die Nutzeranfrage bezüglich Polens Rolle – Wiederaufnahme der Produktion, 6 Millionen Minen, Export – ist in allen Punkten durch die Recherchen bestätigt und stellt eine massive Eskalation dar. Polen vollzieht nicht nur einen passiven Austritt, sondern eine aktive Industrialisierung der Minenkriegsführung unter dem Programm „**Tarcza Wschód**“ (Ostschild).

4.1 Das Programm „Tarcza Wschód“ (Ostschild)

Im Jahr 2024 startete Warschau das 10 Milliarden Zloty (2,4 Mrd. Euro) schwere Programm zur Befestigung der Ostgrenze.

- **Konzept:** Anders als der Grenzzaun von 2021, der gegen irreguläre Migration gerichtet war, ist der „Ostschild“ eine militärische Verteidigungslinie für einen hochintensiven Krieg. Er kombiniert physische Hindernisse (Bunker, Panzergräben, Drachenzähne) mit elektronischer Überwachung und – zentral – **Minenfeldern**.
- **Offizielle Bestätigung:** Vize-Verteidigungsminister **Paweł Zalewski** bestätigte explizit, dass Polen Minen entlang der Grenze zu Belarus und der russischen Exklave Kaliningrad stationieren wird.

4.2 Industrielle Mobilisierung: Die Rolle von „Belma“

Das staatliche Rüstungsunternehmen **Bydgoskie Zakłady Elektromechaniczne „Belma“ S.A.** (BZE Belma) steht im Zentrum dieser Bestrebungen.

- **Produktionsziele:** Die vom Nutzer genannte Zahl von **6 Millionen Minen** wird durch Aussagen des Belma-CEOs Jarosław Zakrzewski gestützt. Das Unternehmen plant, die Produktion von derzeit ca. 100.000 Minen pro Jahr (hauptsächlich Panzerabwehr) auf **1,2 Millionen Minen pro Jahr** bis 2026 hochzufahren. Ziel ist der Aufbau eines Lagerbestands von 5 bis 6 Millionen Minen verschiedener Typen.
- **Exportpläne:** Polen plant ausdrücklich, Produktionsüberschüsse zu exportieren. Als prioritäre Empfänger wurden die Ukraine und die baltischen Verbündeten genannt. Dies ist ein direkter Bruch mit dem Kernanliegen der Ottawa-Konvention (Verbot der Weitergabe) und etabliert Polen als das Arsenal („Arsenal of Democracy“ im lokalen

Kontext) für Minenkriegsführung in Osteuropa.

4.3 Technische Spezifikationen und Systeme

Polen kehrt nicht zu den simplen Druckminen des Kalten Krieges zurück, sondern setzt auf hochtechnisierte Verlegesysteme.

- **Baobab-K Minenverlegesystem:** Ein auf LKW (Jelcz-Chassis) montiertes, automatisiertes Werfersystem. Es kann einen 1.800 Meter langen und 180 Meter tiefen Minengürtel in weniger als 22 Minuten verlegen. Ein Fahrzeug trägt bis zu 600 Minen.
- **MN-123 Streumunition:** Die Hauptmunition für den Baobab-K. Dabei handelt es sich um programmierbare Panzerabwehrminen mit Magnetzündern und Aufhebesperren (*Anti-Handling Devices*). Der Austritt aus Ottawa deutet jedoch darauf hin, dass diese Systeme nun wieder mit Antipersonen-Komponenten (zur Sicherung der Panzerminen gegen Räumung) kombiniert werden.
- **„Bluszcz“ (Efeu) System:** Ein ferngesteuertes Minenverlegesystem (UGV), das Aufklärung und Verminung in einem autonomen System verbindet.

5. Der Semantische Wandel: Von „Wahllosem Killer“ zu „Counter-Mobility“

Ein zentraler Aspekt der Nutzeranfrage betrifft die **Wortwahl** (Rhetorik). Die westlichen Staaten, die nun Minen re-legitimieren, betreiben ein aggressives *Re-Framing*, um den moralischen Makel der 1990er Jahre abzustreifen.

5.1 Vergleichende Analyse der Rhetorik

Die folgende Tabelle stellt die Begrifflichkeiten und Narrative der Unterzeichnungsära (ca. 1997) denen der aktuellen Revival-Ära (2025) gegenüber:

Kategorie	Rhetorik der Ottawa-Ära (ca. 1997)	Rhetorik der Revival-Ära (2025)
Bezeichnung der Waffe	„Antipersonenmine“ (APM), „Landmine“	„Counter-Mobility Assets“, „Area Denial Systems“ (A2/AD), „Sperrmittel“
Attribuierung	„Inhärennt wahllos“ (<i>inherently indiscriminate</i>), „heimtückisch“, „grausam“	„Smart“, „Nicht-persistent“ (<i>non-persistent</i>), „Selbst-deaktivierend“
Strategischer Fokus	„Humanitäre Katastrophe“, „Post-Konflikt-Sicherheit“	„Force Multiplier“ (Kraftverstärker), „Gefechtsfeldgestaltung“, „Verteidigungsschirm“
Adressat / Opfer	Zivilisten, spielende Kinder, Bauern (nach dem Krieg)	Hybride Bedrohungen, „Human Wave“-Infanterieangriffe, mechanisierte Verbände
Moralischer Imperativ	„Humanitäre Norm“, „Zivilisatorischer Fortschritt“	„Existenzielle Notwendigkeit“, „Recht auf Selbstverteidigung“, „Verantwortung für das eigene

Kategorie	Rhetorik der Ottawa-Ära (ca. 1997)	Rhetorik der Revival-Ära (2025)
		„Territorium“

5.2 Das Narrativ der „Smart Mines“

Die Befürworter des Revivals, insbesondere in den USA und Polen, stützen sich auf die technologische Unterscheidung zwischen „persistenten“ (dummen) und „nicht-persistenten“ (schlauen) Minen.

- **Das Argument:** Moderne Minen verfügen über Selbstzerstörungs- oder Selbstdeaktivierungsmechanismen (z.B. Deaktivierung nach 48 Stunden oder 30 Tagen). Damit entfalle das Hauptargument der Ottawa-Konvention – die Gefahr für Zivilisten Jahre nach dem Krieg.
- **Die Kritik:** Humanitäre Organisationen wie Human Rights Watch und das IKRK weisen dieses Re-Framing zurück. Sie argumentieren, dass auch „smarte“ Mechanismen Fehlerquoten haben und die Waffe während ihrer Aktivierungszeit weiterhin nicht zwischen einem Kind und einem Soldaten unterscheiden kann.

6. Die Deutsche Position: Zwischen Norm und Bündnisrealität

Der Nutzer bat explizit um eine Herausarbeitung der deutschen Position und der politischen Akteure. Deutschland befindet sich in einem Dilemma: Es ist politisch einer der stärksten Verfechter der Konvention, militärisch jedoch der wichtigste Logistik- und Unterstützungspartner für jene Staaten, die diese Konvention nun verlassen.

6.1 Politische Akteure im Vergleich: Damals und Heute

Aspekt	Ära Kinkel / Rühe (1990er)	Ära Baerbock / Pistorius / Kiesewetter (2020er)
Außenministerium	Klaus Kinkel (FDP): Sah das Verbot als moralische Pflicht. Setzte sich gegen Widerstände im Verteidigungsressort durch, um Deutschlands Image als „Zivilmacht“ zu stärken.	Annalena Baerbock (Grüne): Hält verbal strikt am Verbot fest („Minen sind grausame Waffen“). Steht jedoch vor dem Paradoxon, eine „wertegeleitete Außenpolitik“ mit der militärischen Absicherung der Ostflanke in Einklang zu bringen.
Verteidigungspolitik	Volker Rühe (CDU): Akzeptierte das Verbot widerwillig als Preis für internationale Integration, suchte aber nach technischen Alternativen (Richtminen).	Roderich Kiesewetter (CDU): Fordert offen einen „temporären Austritt“ aus der Konvention. Argumentiert mit der Bedrohung deutscher Soldaten in Litauen (Brigade Litauen). Dies markiert eine Rückkehr der Union zur Doktrin

Aspekt	Ära Kinkel / Rühe (1990er)	Ära Baerbock / Pistorius / Kiesewetter (2020er)
		der „militärischen Notwendigkeit“.
Militärische Haltung	Skepsis, aber Gehorsam. Fokusverlagerung auf Präzisionswaffen.	Boris Pistorius (SPD): Pragmatismus. Fordert „Kriegstüchtigkeit“. Zwar kein offizieller Ruf nach Minen, aber massive Investition in Ersatzsysteme (DM22) und Entsendung von Pionieren an die verminnte polnische Grenze.

6.2 Die Realität der „Sperrkomponente“

Offiziell führt die Bundeswehr keine Antipersonenminen. Faktisch baut sie jedoch Kapazitäten auf, die ähnliche taktische Effekte erzielen und die Grauzonen des Vertrags nutzen.

- **PARM DM22 (Panzerabwehrrichtmine):** Deutschland hat die Produktion der DM22 (hergestellt von TDW/MBDA) wieder aufgenommen. Der Haushaltsausschuss bewilligte 2023/2024 ca. 68 Millionen Euro für die Wiederbeschaffung.
 - *Rechtliche Feinheit:* Die DM22 ist eine *Richtmine*, die durch Sensoren (Glasfaser-Stolperdraht oder Infrarot) ausgelöst wird und ein Projektil seitlich in ein Fahrzeug schießt. Da sie primär gegen Fahrzeuge wirkt und als „gerichtete Wirkung“ definiert wird, gilt sie nach deutscher Lesart nicht als klassische Landmine im Sinne von Ottawa.
 - *Grauzone:* Kritiker merken an, dass Stolperdraht-Systeme im Chaos des Gefechts auch durch Personen ausgelöst werden können, was die Grenze zur Antipersonenmine verwischt.
- **MON-50 / DM51:** Deutschland behält Bestände von Splitterrichtminen (ähnlich der US-Claymore). Die Bundeswehr deklariert diese strikt als „Command-Detonated“ (nur durch Knopfdruck eines Soldaten auslösbar), um Ottawa-konform zu bleiben.

6.3 Deutsche Truppen im „Ostschild“

Ein brisanter Punkt ist die Entsendung deutscher Truppen zur Unterstützung des polnischen „Ostschildes“.

- **Pioniereinsatz:** Im Dezember 2025 bestätigten Berichte, dass Bundeswehr-Pioniere beim Bau der Befestigungen helfen sollen.
- **Das Dilemma:** Deutsche Soldaten bauen Infrastruktur in einer Zone, die Polen verminen will. Dies könnte als indirekte Unterstützungshandlung (*assisting, encouraging or inducing*) interpretiert werden, was Artikel 1 der Ottawa-Konvention verbietet. Die Bundesregierung vermeidet diese Debatte bisher durch den Fokus auf rein bauliche Maßnahmen (Gräben, Bunker).

7. Internationale Finanzierung und Rechtliche Kontroversen

Ein vom Nutzer nicht explizit angesprochener, aber für das Gesamtbild entscheidender Aspekt ist die Frage der Finanzierung dieser Aufrüstung durch die Europäische Union.

7.1 Die „SAFE“-Verordnung und EU-Gelder

Das EU-Instrument „Security Action for Europe“ (SAFE) stellt 150 Milliarden Euro an Krediten für Verteidigungsbeschaffungen bereit.

- **Der Loophole:** Die Verordnung listet „Counter-Mobility“ als förderfähige Kategorie. Es gibt keinen expliziten Ausschluss von Antipersonenminen im Vertragstext der SAFE-Verordnung.
- **Die Kontroverse:** NGOs und Kritiker befürchten, dass EU-Gelder, die eigentlich Normen wie Ottawa stärken sollten, nun indirekt (über den Begriff „Counter-Mobility“) zur Finanzierung polnischer oder baltischer Minenfabriken genutzt werden könnten. Die EU-Kommission hat auf Anfragen, ob Minen explizit ausgeschlossen sind, bisher ausweichend reagiert. Dies stellt einen fundamentalen Widerspruch zwischen der normativen Kraft der EU („Mine-Free World 2025“-Ziel) und ihrer industrielpolitischen Realität dar.

8. US-Politik: Der Einfluss des Transatlantischen Partners

Die Haltung der USA fungiert als Katalysator für die europäische Kehrtwende.

- **Trump (2020):** Erlaubte den globalen Einsatz von „nicht-persistenten“ Minen.
- **Biden (2022):** Beschränkte den Einsatz wieder auf Korea.
- **Biden (2024/2025):** In einer späten, aber folgenschweren Entscheidung genehmigte die Biden-Administration den Transfer von Antipersonenminen an die Ukraine.
- **Die Signalwirkung:** Dass die USA Minen an einen Ottawa-Vertragsstaat (Ukraine) lieferten, brach das Tabu endgültig. Es signalisierte den NATO-Partnern: Im Existenzkampf gegen Russland steht militärische Effizienz über humanitärem Völkerrecht. Dies lieferte die politische Deckung für Finnland und Polen, den Austritt zu vollziehen.

9. Fazit und Ausblick

Die Analyse bestätigt die Vermutung des Nutzers: Die Haltung des Westens zu Landminen hat sich fundamental gewandelt. Was in den 1990er Jahren als zivilisatorische Errungenschaft gefeiert wurde – die Ächtung einer „inhärent bösen“ Waffe –, wird in den 2020er Jahren an der NATO-Ostflanke als gefährliche Naivität betrachtet.

Zusammenfassende Gegenüberstellung:

1. **Geopolitik:** Der Westen spaltet sich in einen „Normativen Westen“ (Deutschland, Frankreich, UK), der am Vertrag festhält, und einen „Befestigten Osten“ (Polen, Baltikum, Finnland), der den Vertrag als Sicherheitsrisiko sieht.
2. **Polen als neuer Standard:** Mit dem Ziel von 6 Millionen Minen und Exportambitionen etabliert sich Polen als industrielle Großmacht der Minenkriegsführung, weit jenseits bloßer Lagerbestände.
3. **Semantik:** Der Begriff „Landmine“ wird systematisch durch „Counter-Mobility Asset“ ersetzt, um die Assoziation mit verstümmelten Zivilisten zu tilgen und stattdessen

militärische Professionalität zu suggerieren.

4. **Deutschland:** Die Bundesrepublik versucht einen Spagat. Sie hält politisch an der Konvention fest, weicht sie aber technisch (Wiederaufnahme DM22-Produktion) und operativ (Unterstützung des verminten „Ostschilda“) auf. Die Stimmen in der CDU (Kiesewetter), die einen Austritt fordern, zeigen, dass der innenpolitische Konsens bröckelt.

Das „Revival“ der Landmine ist somit mehr als eine rüstungspolitische Maßnahme; es ist das stärkste Symbol für das Ende der liberalen Sicherheitsordnung in Europa und die Rückkehr zu einer Logik der physischen Abschreckung (*Deterrence by Denial*).

Quellenangaben

1. The conventions banning mines and cluster munitions - House of Commons Library, <https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-10195/>
2. Ottawa Treaty and the Convention on Cluster Munitions: Recent developments, <https://lordslibrary.parliament.uk/ottawa-treaty-and-the-convention-on-cluster-munitions-recent-developments/>
3. Ottawa Treaty - Wikipedia, https://en.wikipedia.org/wiki/Ottawa_Treaty
4. Mine Ban Policy - Finland - Landmine and Cluster Munition Monitor, <https://www.the-monitor.org/country-profile/finland/mine-ban-policy?year=2023>
5. The 21st Meeting of the States Parties to the Ottawa Convention – towards a world without anti-personnel mines, <https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/ottawa-konvention-2633620>
6. Any weakening of the Ottawa Convention to ban landmines could spark a dangerous race to the bottom, warns UN Chief, <https://www.un.org/en/peace-and-security/page/any-weakening-of-the-ottawa-convention-to-ban-landmines-could-spark-a-dangerous-race-to-the-bottom-warns-un-chief>
7. Five European States Withdraw from Mine Ban Treaty | Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2025/07/01/five-european-states-withdraw-from-mine-ban-treaty>
8. www.ssoar.info Bound to Change: German Foreign Policy in the Networked Order, <https://d-nb.info/1216712077/34>
9. Burdens of the past, shadows of the future: (Chapter 8) - The Militant Face of Democracy, <https://www.cambridge.org/core/books/militant-face-of-democracy/burdens-of-the-past-shadows-of-the-future/7526727AC324746D972FF842F204B8C1>
10. EUROPE/CENTRAL ASIA - Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/reports/1999/landmine/WEBEUR1.html>
11. Mine Ban Policy - Landmine and Cluster Munition Monitor, <https://the-monitor.org/country-profile/united-states/mine-ban-policy?year=2023>
12. US Landmine Policy - Forum on the Arms Trade, <https://www.forumarmstrade.org/uslandmine.html>
13. Statement by the Estonian, Latvian, Lithuanian, and Polish Ministers of Defence on Withdrawal from the Ottawa Convention - Gov.pl, <https://www.gov.pl/web/national-defence/statement-by-the-estonian-latvian-lithuanian-and-polish-ministers-of-defence-on-withdrawal-from-the-ottawa-convention>
14. Finland and the Ottawa Convention - Finnish Government - Valtioneuvosto, <https://valtioneuvosto.fi/en/finland-and-the-ottawa-convention>
15. Finland becomes 5th European nation to exit Ottawa landmine treaty — here's why it matters, <https://m.economictimes.com/news/international/us/finland-becomes-5th-european-nation-to-exit-ottawa-landmine-treaty-heres-why-it-matters/articleshow/121959036.cms>
16. Finnish Government Moves to Reinstate Anti-Personnel Mines to Boost Defense Capabilities - UNITED24 Media,

States from using EU loans for banned landmines - lavialibera,
https://lavialibera.it/en-schede-2481-landmines_eu_funds_rearmement_anti_personnel_mines
39. The SAFE Regulation and Its Implications for Non-EU Defence Suppliers,
<https://www.iiss.org/research-paper/2025/12/the-safe-regulation-and-its-implications-for-non-eu-defence-suppliers/> 40. Could ReArm Europe end up funding landmines? - lavialibera,
https://lavialibera.it/en-schede-2363-landmines_europe_rearm_plan_ottawa_treaty 41. Q&A: US Antipersonnel Landmine Transfers - Human Rights Watch,
<https://www.hrw.org/news/2024/12/13/qa-us-antipersonnel-landmine-transfers> 42. Biden's Disturbing Legacy on Landmines - Stimson Center,
<https://www.stimson.org/2024/bidens-disturbing-legacy-on-landmines/>